



Stadt Leverkusen
Der Oberbürgermeister

Nr. 7 vom 05. November 2019

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Fachbereich Oberbürgermeister, Rat und Bezirke, Ansprechpartnerin: Lisa Deutzmann, Tel. 406-8876.

Es wird gebeten, die in dieser Ausgabe als "nö" - nichtöffentlich - bezeichneten Informationen vertraulich zu behandeln. In diesem Zusammenhang wird auf die Verschwiegenheitspflicht der Ratsmitglieder, der bürgerschaftlichen Ausschussmitglieder und der Mitglieder der Bezirksvertretungen gemäß der §§ 43 Abs. 2 und 30 GO NRW hingewiesen.

Inhalt

Mitteilungen (ö)

Entwurf der Haushaltssatzung und Fortschreibung des
Haushaltssanierungsplans 2012 bis 2021 für das Haushaltsjahr 2020

251



Mitteilungen (ö)

Mitteilung für den Rat, seine Ausschüsse und die Bezirksvertretungen

Entwurf der Haushaltssatzung und Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2012 bis 2021 für das Haushaltsjahr 2020

Die Reden von Herrn Oberbürgermeister Uwe Richrath und Herrn Stadtdirektor Markus Märtens aus Anlass der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2020 und der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2012 bis 2021 für das Haushaltsjahr 2020 vor dem Rat der Stadt Leverkusen am 04.11.2019 sind als Anlagen 1 und 2 dieser z.d.A.: Rat-Ausgabe beigelegt.

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

Anlagen 1 und 2



S P E R R F R I S T : Veranstaltungstermin
- Es gilt das gesprochene Wort -

Rede

Oberbürgermeister Uwe Richrath

Einbringung Haushaltsplanentwurf 2020 und Fortschreibung HSP 2012 – 2021

Ratssitzung Montag, 4. November 2019, 16.00 Uhr

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Lux,
sehr geehrte Herren Bürgermeister Marewski und Wölwer,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Leverkusen,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

bei der Einbringung des Haushaltes stehen Zahlen im Fokus. Und doch geht es um viel mehr. Die Haushaltsplanungen sind Ausdruck der gesellschaftlichen Veränderungen, die sich durch alle Lebensbereiche ziehen.

Wir leben in einer globalisierten Welt, in der Unternehmen weltweit agieren und weder der Waren- noch der Personenverkehr an Grenzen Halt machen. Insbesondere die jüngere Generation fordert im Rahmen von „Fridays for Future“ zu Recht, Klima- und Umweltschutzbelenen höchste Priorität einzuräumen. Unsere Gesellschaft wird immer älter. Wir können uns aber auch wieder über mehr Kinder freuen.

All das hat Auswirkungen auf unsere Stadtgesellschaft. Denn hier ist es, wo wir wohnen, arbeiten und leben. Wir müssen also gleichermaßen global wie lokal denken. Die Belange der Jugend genauso wie die der Älteren im Blick behalten. Den Anforderungen einer Großstadt gerecht werden, ohne den Zusammenhalt in den Stadtvierteln zu gefährden.

Diesen gesellschaftlichen Entwicklungen geschuldet, müssen wir uns neuausrichten. In manchen Bereichen müssen wir vor allem nachjustieren. In anderen Bereichen

gleicht die Neuausrichtung dagegen eher einer 180-Grad-Wende.

Letzteres gilt für den Weg, den wir bei der Gewerbesteuer einschlagen. Denn wir legen Ihnen heute einen Haushalt vor, der die Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 250 Punkte vorsieht. Unserer Einschätzung nach wird dieser Vorschlag von der Bezirksregierung wohlwollend aufgefasst. Die abschließende Bewertung soll in Kürze erfolgen.

Die deutliche Absenkung der Gewerbesteuer entspricht einer radikalen Neuausrichtung. Diese ist notwendig. Schließlich befindet sich Leverkusen seit Jahren in einem regionalen, überregionalen und sogar weltweiten Steuerwettbewerb. Das können wir nicht ignorieren.

Seit 2002, als wir keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen konnten, haben wir versucht gegenzusteuern. Seit 2012 nehmen wir am Haushaltssicherungspakt teil. Für 2018 konnten wir erstmals – wie vorgeschrieben – wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Das war ein wichtiger Meilenstein.

Allerdings war und ist dieser Weg mit erheblichen Einschnitten und Belastungen verbunden. Es sind weiterhin keine finanziellen Spielräume vorhanden. Bereits unternommene Sparanstrengungen werden durch stetig steigende Belastungen konterkariert. Mehreinnahmen waren auf Dauer nur durch eine Erhöhung der Steuersätze möglich.

Diese Entwicklung wollen wir nicht nur stoppen. Wir wollen sie umkehren.

Im Vorfeld wurde reflexartig die Kritik des „Steuerdumpings“ oder „Kannibalismus“ geäußert. Das ist bezogen auf die kommunale Ebene unbegründet. Grundlegende Änderungen im Steuersystem können und müssen als Teil einer Gemeindefinanzreform durch den Bund erfolgen.

Hinter der Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes steht vielmehr der Gedanke einer standortbezogenen Wertschöpfungskette. Insbesondere ansässige Unternehmen werden so in die Lage versetzt, ihre Gewinne wieder dort zu

versteuern, wo sie erwirtschaftet werden und wo die kommunale Infrastruktur genutzt wird.

Mit der vorgesehenen Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 250 Punkte wird der Wirtschaftsstandort Leverkusen den im internationalen Vergleich wichtigen Wert von unter 30 Prozent Unternehmensbesteuerung erreichen. Das stärkt alle Bestandsunternehmen im internationalen Wettbewerb und verbessert das Investitionsklima.

Davon profitiert nicht nur die Wirtschaft. Das dient auch der Sicherung von Arbeitsplätzen. Schließlich gibt es in Leverkusen gut 80.000 Erwerbstätige, rund 64.000 davon arbeiten in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

Da Leverkusen Industriestandort war und ist, begrüßt auch die IGBCE als Interessenvertretung für die Beschäftigten in der Chemischen Industrie den veränderten strategischen Ansatz ausdrücklich. „Die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes ist das richtige Signal zur Stärkung des Industriestandortes Leverkusen, insbesondere können so weitere Ansiedlungen von neuen Unternehmen erleichtert werden“, lautete bereits im Sommer die Einschätzung der IGBCE.

Es geht also nicht nur um die Sicherung, sondern auch um die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes ist somit ein entscheidender Impuls für eine prosperierende künftige Wirtschaftsentwicklung in Leverkusen.

Die verbesserten steuerlichen Rahmenbedingungen bieten gute Chancen für neue Unternehmensgründungen, mehr Beschäftigung und zusätzliche Steuererträge. Auch davon profitieren die Bürgerinnen und Bürger. Denn damit gewinnen wir langfristig wieder mehr finanziellen Gestaltungsspielraum für eine bürgernahe und zukunftsorientierte Stadtentwicklung.

Aber auch heute sollen die Bürgerinnen und Bürger bereits entlastet werden. Deshalb schlagen wir Ihnen mit diesem Haushaltsentwurf zugleich die Absenkung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B von 790 auf 750 Hebesatzpunkte vor. Dieser Weg soll in den nächsten Jahren fortgesetzt werden, wenn sich die Ertragsdynamik dank der Gewerbesteuersenkung wie erwartet positiv entwickelt.

Natürlich ist für die Ansiedlung neuer Unternehmen Platz erforderlich. Das ist eine Herausforderung. Denn die begrenzte Flächenverfügbarkeit innerhalb unserer Stadtgrenzen ist allseits bekannt. Wir müssen also das Bestehende weiterentwickeln. Das ist schwieriger und deshalb in der Regel auch langwieriger, als wenn man bei Null anfängt.

Schließlich können wir keine Stadt auf dem Reißbrett planen. Wir haben keine grüne Wiese, auf der wir Gewerbe, Wohnungen, Verkehrs- oder auch Freizeit- und Naherholungsflächen bauen können. Insofern müssen wir uns fragen, welche Richtung wir einschlagen wollen.

Unter den weltweit wertvollsten Unternehmen finden sich Namen wie Microsoft, Apple, Facebook & Co. Das zeigt: Digitalisierung und Internet haben dazu geführt, dass extrem erfolgreiche Unternehmen vergleichsweise wenig Fläche benötigen. Hier müssen wir mit der WfL ansetzen. Denn deren Fokus soll zukünftig insbesondere auf der Unternehmensakquise liegen.

Parallel dazu gilt es, neben den vorhandenen Flächen für Industrie und Gewerbe, Dienstleistungsstandorte in zentraler Lage ausbauen. Dazu zählt die nbso in Opladen genauso wie das Postgelände und das Ganser-Gelände in Wiesdorf. Auch auf dem IPL-Gelände sind noch Flächen verfügbar. Zudem haben wir erst in den vergangenen Monaten das Probierwerk eröffnet, das gerade Jungunternehmer und Start-Ups nach Leverkusen bringen soll. Genauso soll in Wiesdorf östlich der Niederfeldstraße ein hochwertiger Gewerbestandort speziell für junge, innovative Unternehmen der Kreativwirtschaft entstehen.

Für all diese Flächen gilt: Sie sind gut mit dem ÖPNV erreichbar. Die nbso, das Postgelände und der IPL liegen sogar direkt an Bahnhöfen und damit regionalen

Vernetzungspunkten. Denn tagtäglich pendeln rund 36.000 Menschen nach Leverkusen – ein Großteil davon mit dem Auto. Das muss sich ändern.

Einer Neuausrichtung bedarf es daher auch beim Thema Mobilität – nicht nur mit Blick auf den drohenden Verkehrsinfarkt, sondern vor allem in Anbetracht des Klimaschutzes. Eine Veränderung des Mobilitätsverhaltens kann nicht von heute auf morgen erfolgen. Es muss ein Umdenken in der Bevölkerung einsetzen. Und dafür müssen vor allem die Alternativen zum Privat-Pkw Schritt für Schritt ausgebaut werden.

Das ist eine regionale Herausforderung. Denn insbesondere Mobilitätsfragen, aber auch andere Themenfelder können wir nicht als einzelne Kommune in Angriff nehmen. Daher – aber auch mit dem Blick auf die Akquise von Fördermitteln – engagiere ich mich von Anfang an so stark im Verein Region Köln Bonn, der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land, der Initiative StadtUmland.NRW und der Metropolregion Rheinland.

Aber natürlich müssen wir zuallererst auch innerstädtisch die Veränderung des Mobilitätsverhaltens forcieren. Dieses Ziel verfolgt das Mobilitätskonzept 2030+, das sich kurz vor Abschluss befindet und rund 60 Einzelmaßnahmen enthält. Diese sollen nach Vorstellung des Gesamtkonzeptes im kommenden Jahr mit Prioritäten und Kosten versehen werden. Erste Bausteine wie die Einführung eines Fahrradverleih- und eines CarSharing-Systems, die Errichtung von Fahrradabstellanlagen oder der Ausbau des ÖPNV-Angebots durch das neue Buslinienkonzept inklusive Schnellbuslinien wurden bereits umgesetzt. Viele weitere Maßnahmen werden folgen.

Dazu gehört auch, dass das Radwegenetz in Leverkusen ausgebaut wird. Erst vor wenigen Wochen konnte der zweite Abschnitt der Balkantrasse fertiggestellt und damit die Verbindung zum Bahnhof Opladen hergestellt werden. Eine attraktive und komfortable Fahrrad-Infrastruktur in und aus Richtung Köln soll im Rahmen des regionalen Projektes „RadPendlerRouten“ geschaffen werden. Ziel ist es, so die Menschen – insbesondere mit Blick auf den Berufs-, aber auch auf den Freizeitverkehr – zum Umstieg auf das Fahrrad zu motivieren. Eine

Machbarkeitsstudie liegt bereits vor. Eine Qualifizierung des Projektes für die Regionale 2025 ist angestrebt.

Natürlich werden Autos nicht komplett aus der Stadt verschwinden. Aber gerade, weil Alternativen zum Autoverkehr entwickelt werden müssen, kann es nicht sein, dass unsere Stadt im Zuge des Autobahnausbaus weiter zubetoniert wird. Deshalb setze ich mich weiterhin vehement dafür ein, dass Teile der A1 und A3 unter der Erde verschwinden und keine PWC-Anlage auf unserem Stadtgebiet entsteht. In der heutigen Zeit kann es nicht sein, dass noch mehr Fläche Autobahnen und Parkplätzen zum Opfer fällt. Gerade nicht in einer Stadt wie Leverkusen, die ohnehin schon mehr als genug von Autobahn- und Schienennetzen zerschnitten ist und über nahezu keine Freiflächen verfügt.

Deshalb habe ich Ihnen vor einigen Monaten auch meine Idee präsentiert, wie die Fläche unter der heutigen Stelzenautobahn genutzt werden kann, wenn diese einem Tunnel weicht: die Schaffung eines Central Parks, einer grünen Lunge, als Erholungsgebiet mitten in der Stadt. Auf dieser weitläufigen Fläche soll Natur mit Platz für Sport und Entspannung vereint werden. Das ist natürlich noch Zukunftsmusik und abhängig davon, ob die Autobahn an dieser Stelle unter der Erde verschwindet. Aber gerade, wenn es darum geht, grundlegende Veränderungen anzugehen, muss man langfristig denken.

Beim Thema Mobilität muss auch innerhalb der Verwaltung ein Umdenken stattfinden. Daher wurden zum Sommer arbeitnehmerfreundliche Neuerungen beim Job-Ticket für die Stadtverwaltung eingeführt. Dieses wird nun zu einem deutlich reduzierten Preis angeboten und kann im gesamten VRS-Gebiet und einigen VRR-Gemeinden genutzt werden. Für Auszubildende ist das Jobticket kostenlos. Derzeit laufen außerdem Gespräche mit den städtischen Gesellschaften, um das Job-Ticket zu diesen Konditionen auf den gesamten „Konzern Stadt“ mit seinen rund 7.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auszuweiten.

Mit Blick auf die innerbetriebliche Mobilität werden zudem sukzessive E-Lastenfahräder angeschafft, um auch hier tragfähige Alternativen zum Auto auf den Weg zu bringen. Für die täglichen Dienstfahrten stehen den Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern zudem erste E-Bikes sowie die Leihfahrräder der wupsi zur Verfügung. Dies reduziert nicht nur die eigene Fahrzeugflotten, sondern ist auch noch gut für die Gesundheit.

Nachdem im Pilotprojekt bereits ein E-Auto für die Verwaltung angeschafft wurde, liegt nun der Förderbescheid für neun weitere E-Autos für die Verwaltung vor. Damit nicht nur die Stadtverwaltung, sondern auch Privatleute und Unternehmen verstärkt auf Elektrofahrzeuge setzen, treibt die EVL derzeit den Ausbau der Lade-Infrastruktur im Stadtgebiet voran.

All diese Maßnahmen stehen im direkten Zusammenhang zum Klima- und Umweltschutz – ein Thema, das dank der „Fridays for Future“-Bewegung und der jungen Menschen, die für ihre eigene und die Zukunft unserer Erde auf die Straße gehen, nun die nötige Aufmerksamkeit erhält.

Auch den Ausruf des Klimanotstandes im Sommer kann man als Neuausrichtung bezeichnen. Als Neuausrichtung, die auf bestehenden Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz aufbaut und diesen Weg nun konsequent weiterverfolgt. Eine interne Arbeitsgruppe beschäftigt sich bereits intensiv damit.

So wird als Pendant zum vorliegenden Klimaschutzkonzept, dessen Ziel die CO₂-Einsparung ist, aktuell am Klimaanpassungskonzept gearbeitet. Letzteres soll bis zum Ende des Jahres vorliegen und beschäftigt sich mit der Frage, wie und durch welche Maßnahmen auf die schon heute spürbaren Auswirkungen des Klimawandels in unseren Breitengraden reagiert werden kann.

Die Umsetzung des Leitbilds Grün beschäftigt sich unter anderem mit der Schaffung von Lebensraum für die heimische Flora und Fauna, Dach- und Fassadenbegrünung oder auch der Entsiegelung von Flächen. Nicht zuletzt ist Leverkusen seit dem Sommer auch Teil des Projektes „Global nachhaltige Kommune“. Im Zuge dessen wird innerhalb der nächsten zwei Jahre ein Nachhaltigkeitskonzept entwickelt.

Während die Klima- und Umweltschutz-Thematik insbesondere Jüngere bewegt, beschäftigt viele Ältere das Thema bezahlbarer, barrierefreier Wohnraum. Denn dort,

wo die Menschen über viele Jahre gewohnt haben, möchten sie auch – trotz möglicherweise niedriger Rente und körperlichen Beschwerden – alt werden können. Natürlich suchen daneben auch Familien und jüngere Menschen ein passendes Wohnungsangebot in unserer Stadt.

Deshalb habe ich bereits zu Beginn meiner Amtszeit auch für diesen Themenkomplex eine Neuausrichtung in die Wege geleitet. Der Wohnungsbau hat seitdem höchste Priorität. Besonders wichtig ist mir dabei, die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren wie der Wohnungsgesellschaft Leverkusen (WGL) und dem Gemeinnützigen Bauverein Opladen (GBO). Diese investieren intensiv in der Stadt und bieten Wohnraum zu moderaten Preisen.

So stellt die WGL in diesem Jahr die Neubauten in der Zschopaustraße, Memelstraße, Unstrutstraße und am Königsberger Platz fertig, die in der Helenenstraße und in der Kantstraße folgen im kommenden Jahr. Allein das Investitionsvolumen für diese Projekte liegt in 2019 bei insgesamt ca. 26 Mio. Euro. Daneben fließen gut 13 Mio. Euro in die Modernisierung und Instandhaltung der WGL-Gebäude.

Der GBO hat zu Beginn des Jahres den Neubau Lützenkirchener Straße fertiggestellt. Weiterhin werden die Neubauten Kölner Straße und Kämpchenstraße in diesem Jahr im Wesentlichen abgeschlossen. Das Investitionsvolumen für diese Neubauten liegt bei insgesamt 18 Millionen Euro. Darüber hinaus investierte der GBO ca. 5 Millionen Euro in Modernisierung und Instandhaltung des Bestandes.

Erschwingliche Mieten müssen insbesondere über geförderten Wohnungsbau ermöglicht werden. Im Jahr 2018 hat die Stadt Leverkusen daher insgesamt 6,3 Mio. Euro Baudarlehen des Landes für den sozialen Wohnungsbau bewilligt. Im Jahr 2019 stehen von Seiten des Landes Baudarlehen in Höhe von 9,1 Mio. Euro für die Förderung von Mietwohnungen sowie knapp 900.000 Euro für die Modernisierung von Wohnraum zur Verfügung.

Gerade in Anbetracht des demografischen Wandels gewinnt zudem das Thema Barrierefreiheit zunehmend an Bedeutung. Deshalb ist es gut, dass der Gesetzgeber

die Barrierefreiheit in der neuen Landesbauordnung überarbeitet hat. So müssen bei Neubauten nun bereits Gebäude mit vier oder mehr Etagen mit einem Aufzug ausgestattet sein. Dieser soll von der öffentlichen Verkehrsfläche und von allen Wohnungen im Gebäude barrierefrei erreichbar sein.

Die Schaffung von Wohnraum wird in Anbetracht des erwarteten Bevölkerungswachstums bei gleichzeitig begrenzter Flächenverfügbarkeit auf Jahre hinweg aktuell bleiben. Daher arbeitet die Verwaltung derzeit am Wohnungsbauprogramm 2030+ als strategische Grundlage für die zukünftige Ausrichtung der Stadt als Wohnstandort. Dieses wird dem Rat im nächsten Sitzungsturnus zur Beratung vorgelegt.

Mit dem Bevölkerungszuwachs geht der Ausbau der Kita- und Schullandschaft einher. Daher, aber auch aufgrund veränderter pädagogischer Maßgaben wie der Rückkehr zu G9 oder dem OGS-Ausbau müssen wir im Bildungsbereich kontinuierlich nachjustieren.

So werden derzeit bereits rund 6.000 Kinder in Tageseinrichtungen betreut, 460 in der Kindertagespflege. Der weitere Kita-Ausbau ist jedoch dringend notwendig, um weiterhin alle Rechtsansprüche erfüllen zu können. Das ist uns bislang immer noch gelungen. Es wird aber zunehmend schwerer.

Deshalb ist es gut, dass die neue Einrichtung in der Heinrich-Lübke-Straße gerade den Betrieb aufgenommen hat. Basierend auf dem Grundsatzbeschluss zum Kita-Ausbau werden zudem derzeit alle planerischen und baufachlichen Fragen geklärt, um schnellstmöglich mit dem Bau weiterer Kitas zu beginnen.

Doch nicht nur räumlich, auch personell erreichen wir Kapazitätsgrenzen. Um dem Fachkräftemangel bei Erzieherinnen und Erziehern zu begegnen, hat die Stadt daher zum Ausbildungsjahr 2019 / 2020 die Praxisintegrierte Ausbildung gestartet. Damit konnten erstmalig Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher geschaffen werden. So kann vom ersten Tag an eine Ausbildungsvergütung gezahlt werden, was zur Attraktivität dieser Berufsausbildung beiträgt.

Hohe Investitionen werden insbesondere im Schulsektor getätigt. Für 2020 sind im Finanzplan rund 27 Mio. Euro vorgesehen, hinzu kommen noch rund 16 Mio. Euro im konsumtiven Bereich. Im nächsten Jahr wird unter anderem mit der Komplettsanierung der denkmalgeschützten Aula des Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums, der Sanierung der 3-fach-Sporthalle des Landrat-Lucas-Gymnasiums sowie der Sanierung der Sporthalle der Don-Bosco-Schule begonnen. Außerdem sind für das kommende Jahr Planungsmittel für den Neubau der Regenbogenschule eingestellt. Genauso sind die Berufsschulentwicklungsplanung sowie die Grundschulstandorte in Schlebusch in den Haushaltsplanungen berücksichtigt. Bereits im kommenden Turnus soll eine Vorlage zur Erweiterung der GGS Morsbroicher Str. 14 eingebracht werden.

Parallel dazu erfolgen Investitionen in die digitale Infrastruktur. Aktuell stehen dafür rund 8,8 Mio. Euro für die Digitalisierung an städtischen Schulen sowie beim Berufsschulzweckverband zur Verfügung. Knapp 8 Millionen Euro davon werden über das Förderprogramm „DigitalPakt Schule“ vom Land finanziert.

Große Investitionen werden daneben natürlich über die unterschiedlichen Stadtentwicklungsprogramme getätigt. Damit verfolgen wir eine Neuausrichtung der Stadtteile – und das gleich unter Berücksichtigung mehrerer Aspekte: Mobilität, Städtebau, Wirtschaft, Bildung und Soziales. Diese Projekte sind so wichtig, weil sie dort ansetzen, wo die Menschen leben. Sie stärken die Stadtteilstrukturen und fördern den Zusammenhalt und die Heimatverbundenheit.

Dies ist nicht zuletzt mit Blick auf das Ehrenamt wichtig. Denn Leverkusen zeichnet sich durch ausgeprägtes ehrenamtliches Engagement aus. Darauf bin ich stolz, und dafür bin ich sehr dankbar. Neben den zahlreichen gesamtstädtisch Aktiven, sind viele Vereine in den Stadtteilen verwurzelt. Wenn wir die Stadtteilstrukturen stärken, profitieren davon auch viele Vereine.

So wird im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes (InHK) Wiesdorf derzeit nicht nur der neue Zentrale Omnibusbahnhof gebaut, der sich kurz vor Fertigstellung befindet. Auch die Planungen für den Quartierstreffpunkt Dönhoffstraße, der als generationsübergreifender Treffpunkt zukünftig zentrale Begegnungsstätte für die

Menschen im Quartier werden soll, sind bereits fertiggestellt, um dieses Projekt als nächstes angehen zu können.

In Hitdorf hat der Umbau des Stadtteilzentrums „Villa Zündfunke“ an der Hitdorferstraße gerade schon begonnen. Die anderen Projekte des InHK Hitdorf nehmen ebenfalls Fahrt auf: Die Erneuerung der Kaimauer im Hitdorfer Hafen ist genehmigt, und für den Umbau der Hitdorfer Straße wurden erste Fördermittel bewilligt.

Nicht zuletzt bekommt auch Opladen ein Quartierszentrum, sobald die Grundsanierung der Hauptschule im Hederichsfeld im Rahmen des Stadtteilentwicklungskonzeptes (STEK) Opladen Ende 2021 abgeschlossen sein wird. Erst vor drei Wochen konnte ich einen weiteren Förderbescheid in Höhe von rund 4 Mio. Euro für das STEK Opladen entgegennehmen.

Gleiches gilt für die nbso, für die nun weitere 2,4 Mio. Euro Fördergelder bewilligt wurden. Dort laufen derzeit die konkreten Planungen für das „Opladener Bahnhofsquartier“ mit dem Investor sowie für den Bruno-Wiefels-Platz als Verbindung zur Fußgängerzone. Zudem befindet sich der Umbau des Zentralen Omnibusbahnhof Opladen im Zeit- und Kostenplan.

Auf der Ostseite läuft ebenfalls alles nach Plan: Der Rohbau für den Campus, der zum Wintersemester 2020 / 2021 seinen Betrieb aufnehmen soll, ist fertiggestellt. Das denkmalgeschützte Kesselhaus wird seit Ende Juli zu einem Wohn- und Geschäftshaus umgebaut. Die Neugestaltung des alten Zeichenbüros an der Bahnstadtchaussee erfolgt durch den Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Rhein-Wupper e.V. Und der Investor Cube Real Estate steht in den Startlöchern für die Umgestaltung der ehemaligen Bahnausbesserungshalle.

Unabhängig von den großangelegten Stadtentwicklungsprojekten gilt es in allen Stadtteilen das Stadtbild zu verbessern. Ich bin daher sehr froh, dass die Brandruine in Schlebusch nun bald der Vergangenheit angehört. Ein Thema, das die Menschen darüber hinaus sehr bewegt und deshalb häufig bei meinen Bürgersprechstunden zur Sprache kommt, sind mangelnde Sauberkeit sowie Vandalismus. Dem soll

zukünftig mit der erhöhten Präsenz des Kommunalen Ordnungsdienstes begegnet werden.

Neben den stadtteilbezogenen Maßnahmen darf das gesamtstädtische Freizeitangebot nicht aus dem Blick verloren werden. Im Bereich der Kultur arbeiten wir daher basierend auf dem Konzept des Museumsvereins an der Neuausrichtung von Schloss Morsbroich.

Die Findungskommission kümmert sich intensiv darum, die vakante Stelle des Museumsdirektors zu besetzen. Die Vorbereitungen für die Ausschreibung für den Restaurantbetrieb laufen, damit dieser im kommenden Jahr in Betrieb gehen kann. Die Revitalisierung und Erneuerung des Schlossparks wurde in das Förderprogramm des Bundes aufgenommen. Für die Parkpalette wurde eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Und nicht zuletzt prüft derzeit ein Wirtschaftsprüfer die wirtschaftliche Machbarkeit der Ausgliederung des Museums Morsbroich aus der KSL.

Ein identitätsstiftender Faktor für Leverkusen ist zudem von jeher der Sport – und zwar sowohl der Leistungs- als auch der Breitensport. Deshalb ist wichtig, dass der Bau der lang ersehnten 3-Fach-Sporthalle auf dem Gelände der nbso in Kürze beginnen kann. Der Förderbescheid wird täglich erwartet.

Ein letzter, sehr umfassender Themenkomplex betrifft schließlich die Neuausrichtung der Verwaltung. Mein erklärtes Ziel ist es, die Verwaltung wirtschaftlich zu organisieren. Deshalb gilt es, die Verwaltungsstandorte in Wiesdorf und Opladen zu zentralisieren und angemietete Objekte mittelfristig aufzugeben. Dafür war im ersten Schritt der Ankauf der Gebäude in der Elberfelderstraße und Moskauer Straße erforderlich. Das Barmer Haus bietet allein eine Nettogrundfläche von rund 4.500 m². Dort sollen knapp 200 Arbeitsplätze untergebracht werden.

Sie kennen meinen Vorschlag, im nächsten Schritt die City C zum Verwaltungsstandort umzubauen. Ob und wie das erfolgt, wird letztlich der Rat entscheiden. Auch wenn die Meinungen diesbezüglich auseinandergehen, bin ich

sicher, dass wir alle bei der City C die beste Lösung für die Stadt wollen und diese letztlich auch finden.

Verwaltungsstandorte lassen sich nicht ohne moderne Arbeitsplatzgestaltung planen. Hier müssen ebenfalls neue Wege eingeschlagen werden. In Zeiten der Digitalisierung und des mobilen Arbeitens müssen zukünftig vielleicht nicht mehr so viele Büroflächen wie bislang vorgehalten werden.

Solche Überlegungen sind eng verbunden mit der extern begleiteten Unterstützung der Verwaltung durch die gpa. Die Untersuchung zum Mobilitäts- und Flottenmanagement ist bereits abgeschlossen. Weitere gezielte Untersuchungen in ausgesuchten Fachbereichen innerhalb der Verwaltung laufen noch. Die Berichte hierzu werden im kommenden Jahr vorliegen, um anschließend basierend auf den Untersuchungsergebnissen in die Umsetzung zu gehen. Ein Schwerpunkt wird dabei auf der Veränderung von Prozessen liegen.

Damit einhergehend gilt es, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, um effizienter zu werden und den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Denn wer heute Überweisungen online ausführt, Waren im Internet ordert und Informationen jeglicher Art über Datenleitungen überträgt, erwartet Vergleichbares auch von Kommunen.

Weitere Schritte in Richtung Digitalisierung wurden mit der Einführung neuer Techniken und von Software zum Beispiel im Bereich Bürger und Straßenverkehr in diesem Jahr bereits unternommen. Zusammen mit „Partnerschaft Deutschland“ wird darüber hinaus an einer E-Government-Strategie gearbeitet, die bis Ende des Jahres vorliegen soll. Parallel dazu wird auch die Einführung eines Dokumenten-Management-Systems als Grundlage für die E-Akte vorbereitet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
die Handlungsfelder sind vielfältig. Wir schlagen Ihnen Neuausrichtungen in vielen Bereichen vor. Die wichtigste ist sicherlich die deutliche Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes.

Diese bedeutet aber nicht, dass wir unsere Investitionstätigkeit rapide zurückfahren. Im Gegenteil: Allein für das kommende Jahr sind Investitionen in Höhe von 84,6 Mio. Euro vorgesehen. Damit bewegen wir uns hinsichtlich der Investitionen weiterhin auf dem sehr hohen Niveau der Vorjahre. Nur so können wir die erforderlichen Aufgaben in den Bereichen Wohnen, Bildung, Mobilität, Umwelt, Stadtentwicklung, Kultur, Sport und nicht zuletzt innerhalb der Verwaltung bewältigen.

Dass all dies im Rahmen des Haushaltsentwurfs abgebildet werden konnte, ist wie immer insbesondere der Kämmererei, aber auch allen bei der Haushaltsaufstellung beteiligten Dezernaten und Fachbereichen zu verdanken. Dafür meinen herzlichen Dank!

Selbstverständlich können dabei wie immer im Rahmen der Haushaltsplanberatungen noch Einzelheiten verändert werden. Für das große Ganze und die gesteckten Rahmenbedingungen werde ich aber heute um Ihre Unterstützung.

Denn damit stellen wir Leverkusen erfolgreich für die Zukunft auf. Damit stellen wir die Weichen neu – zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Ich bin daher sicher, dass wir auch in diesem Jahr gemeinsam zu einem Konsens finden. Denn trotz teilweise unterschiedlicher Ansichten, verfolgen wir doch alle das Ziel, das Beste für Leverkusen und die Menschen hier zu erreichen.

Vielen Dank!

S P E R R F R I S T: Veranstaltungstermin
- Es gilt das gesprochene Wort -

Rede

Stadtkämmerer Markus Märtens

**Einbringung Haushaltsplanentwurf 2020 und inklusive fortgeschriebenem HSP
2012 – 2021**

Ratssitzung Montag, 04. November 2019, 16.00 Uhr

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,
sehr geehrten Damen und Herren,

im Rahmen der Haushaltseinbringung wende ich mich heute zum dritten Mal an Sie.

Am 31.10.2019, den zurückliegenden Donnerstag, hat hierzu bereits die Pressekonferenz stattgefunden, auf breiter Basis. Gemeinsam mit Herrn Oberbürgermeister Richrath, Herrn Lünenbach sowie Herrn Adomat und Frau Deppe wurden die wichtigsten Eckpunkte und Inhalte für das kommende Haushaltsjahr kommuniziert.

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich bedanken. Bei Herrn Oberbürgermeister Richrath, Frau Deppe, Herrn Lünenbach und Herrn Adomat und selbstverständlich auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Dezernaten. Mein ausdrücklicher Dank geht insbesondere an den Fachbereich Finanzen. Dort wurde mit sehr hohen und ausgeprägtem Engagement in den zurückliegenden Monaten an der Haushaltsaufstellung 2020 gearbeitet.

Am Donnerstag findet in mittlerweile gut geübter Praxis die ausführliche Informationsveranstaltung für die politischen Vertreterinnen und Vertreter statt. Interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind schon ab dem Nachmittag willkommen, sich über den Haushalt 2020 zu informieren. An dieser Stelle lade ich Sie persönlich alle nochmal sehr herzlich ein.

Die Aufstellung des Haushalts für 2020 war wieder geprägt vom Ringen um die wichtigsten Projekte, und damit die notwendigen Schwerpunktbildungen. Aufgrund der Überzeichnung der Haushaltsanmeldungen wurden Reduzierungen im investiven und konsumtiven Bereich vorgenommen.

Es gab diesmal einen **gravierenden Unterschied** bei all der bekannten „Gleichförmigkeit“ der Haushaltsaufstellung, der Dreh- und Angelpunkt, um den alle Überlegungen maßgeblich kreisen mussten. Deswegen beginne ich auch damit.

Die Hebesatzsenkung der Gewerbesteuer ist Bestandteil des Haushalts. Der Haushalt ist genehmigungsfähig. Der Abstimmungsprozess mit der Kommunalaufsicht dauert an, natürlich auch insbesondere wegen der Gewerbesteuerthematik. Wir stehen seit Monaten in intensivem Kontakt. Von unserer Seite sind umfangreiche Unterlagen geliefert worden. Die Begründungen zu unserem Vorhaben sind sehr ausführlich und „kaufmännisch“ schlüssig. Sie berücksichtigen verschiedenste Parameter unseres Handelns.

„Zwischen Hochmut und Demut steht ein drittes, dem das Leben gehört, und das ist der Mut“. (Theodor Fontane).

In den letzten Jahren hatte ich oftmals von dem Erfordernis mutiger Entscheidungen gesprochen. **Der Prüfauftrag zur Senkung der Hebesätze war mutig, wichtig und richtungsweisend für die Ausrichtung unserer Arbeit in den nächsten Jahren.**

Wir haben verwaltungsseitig die an uns gestellten Herausforderungen erledigt. Parallel zur Haushaltsplanaufstellung erfolgten auf strategischer Ebene Sondierungsgespräche mit potenziellen Firmen, deren Steuerkraft eine relevante Größe für die Umsetzung der Steuersenkung in Leverkusen haben.

Nach Aufbereitung aller relevanten Datengrundlagen finden Sie nun im Haushalt 2020 die Verankerung der Absenkung des Hebesatzes auf 250 Prozentpunkte. Ausgehend von 120 Mio. € für 2019 schreiben wir den Ansatz für 2020 mit 135 Mio. € fort. Die Senkung des Hebesatzes muss über **zusätzliche Gewerbesteuerereinnahmen** finanziert werden, **um das prognostizierte Niveau zu**

erreichen. Das ist keine Hexerei, sondern Ergebnis eines plausibilisierten Vorgehens. Mehr Informationen kann ich Ihnen heute und erst recht mit Blick auf das Steuergeheimnis nicht geben.

Unser gemeinsames Vorhaben ist mutig. Aber nicht minder wichtig für unseren Wirtschaftsstandort. In meiner Funktion als kommissarischer Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Leverkusen will ich die Gewerbesteuerthematik viel enger mit den Aktivitäten der Stadt verbinden. Konzeptionell neue Ansätze müssen unser Vorhaben unterstützen.

Der Ansiedlungsfaktor Gewerbesteuer muss einen prominenten Stellenwert einnehmen. Und damit der Faktor Flächenmanagement. Das hat höchste Priorität.

Verfügbare Flächen müssen behutsam und unter strikter Berücksichtigung definierter Ansiedlungskriterien vergeben werden. Reserven müssen identifiziert werden. Kontinuierlich vorausschauend agierend, notwendige Abstimmungen frühzeitig mit der Stadtplanung vornehmen sind einige Rahmensetzungen, die letztlich in Ideen münden wie den Aufbau eines Gewerbeflächenpools.

Ist so ein Flächenpool vorhanden, können standortsuchende Firmen in unternehmerisch überschaubaren Investitionszeiträumen mit Grundstücken versorgt werden. Diese Schwerpunktsetzung im Rahmen der Wirtschaftsförderung wird die Ansiedlung von neuen Unternehmen elementar unterstützen und fördern.

Einige Worte zum regionalen Echo unserer Hebesatzsenkung.

Meine Damen und Herren,
wir sind im Wettbewerb. Wir müssen als Mitbewerber am Markt agieren. Dazu gehören auch Strategien im Rahmen von konkurrierenden Situationen. Es geht beileibe nicht darum, interkommunalen Ärger „anzuzetteln“ oder gar einen regionalen Unterbietungswettbewerb „anzuheizen“. Das geht auch gar nicht. Nehmen wir Monheim. Die haben bereits vorgelegt. Und jetzt treffen wir eine strategische Entscheidung für **unsere** Stadt. Und damit für die Stärkung **unseres** Standorts. Im Zeichen des vielfach bemühten und zitierten Selbstverwaltungsrechts.

So nüchtern und analytisch könnte man es betrachten.

Das alles birgt Chancen und Risiken. Wenn wir aber verzweifelt Ausschau danach zu halten, immer alle Risiken auszuschalten, bringen wir uns um viele Möglichkeiten.

Ebenfalls im Haushaltsplanentwurf enthalten ist die Absenkung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B von 790 auf 750 Hebesatzpunkte.

Ich möchte Ihnen jetzt auf der Basis weniger Folien einige Eckdaten und Entwicklungen erläutern.

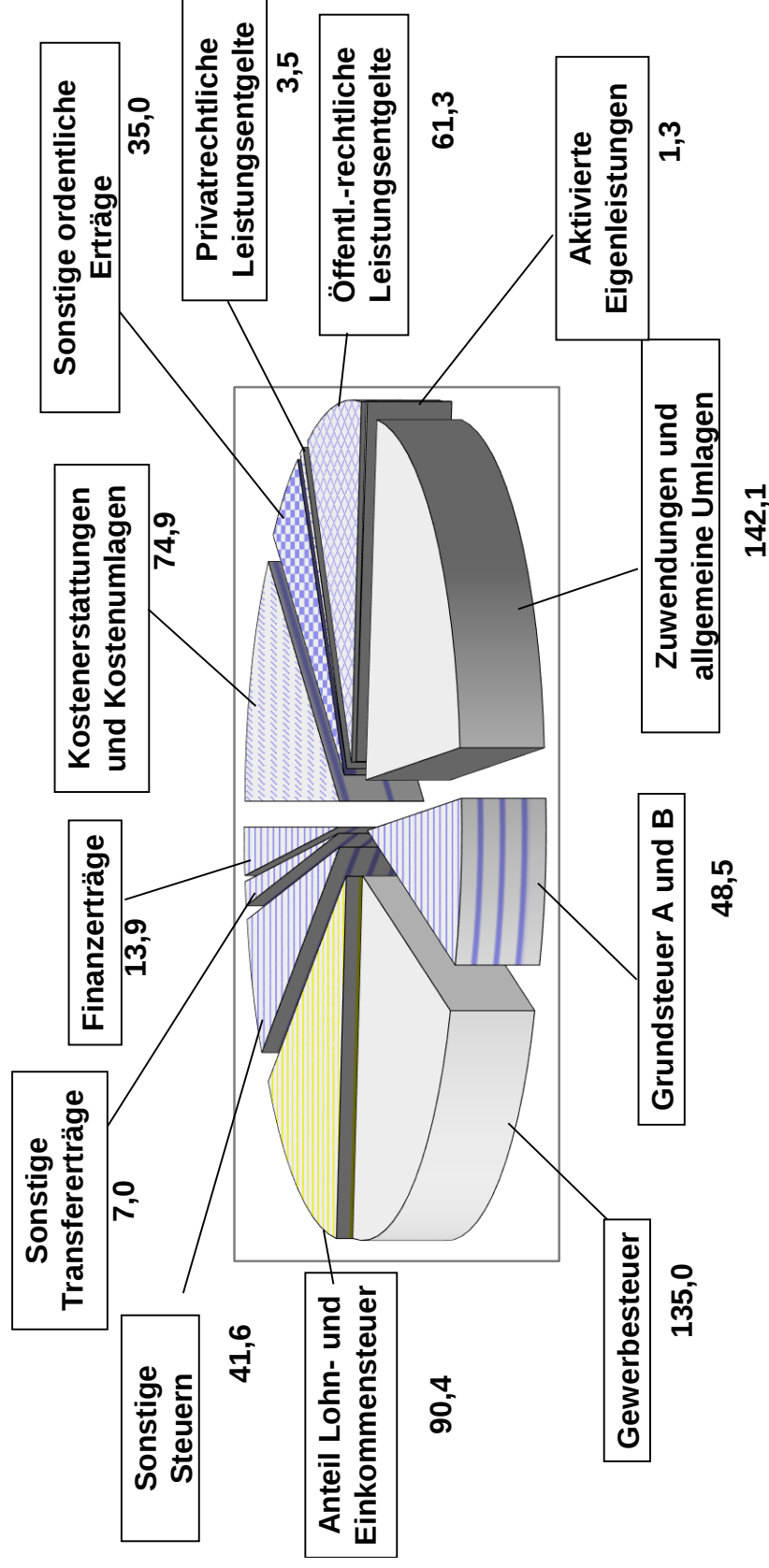
Einbringung Haushaltsplanentwurf 2020

- 5 -

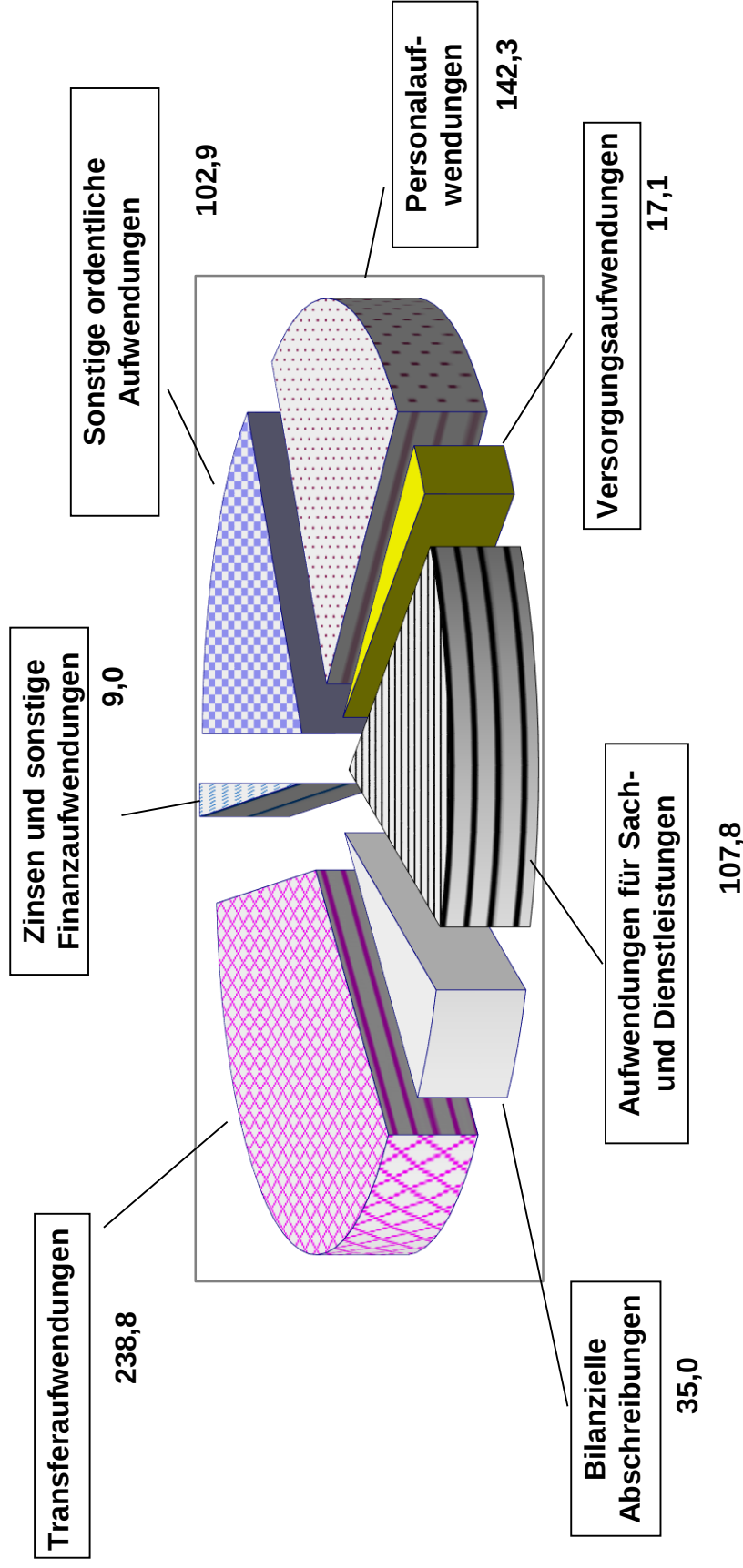
Herr Stadtkämmerer Markus Märtens
4. November 2019

Gesamtergebnisplan - Erträge 2020 (654,5 Mio €)

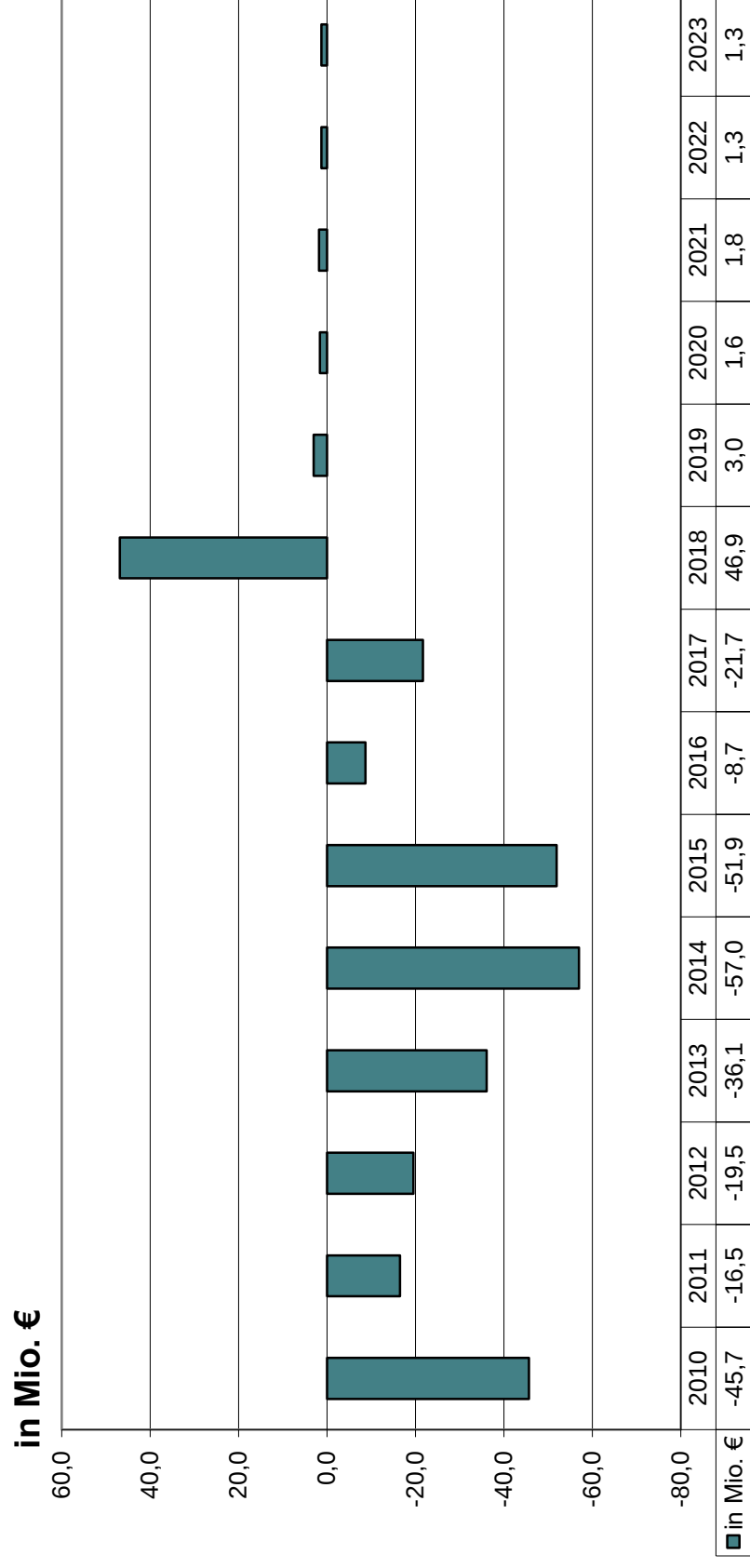
Gesamtergebnisplan - Erträge 2020 (654,5 Mio €)



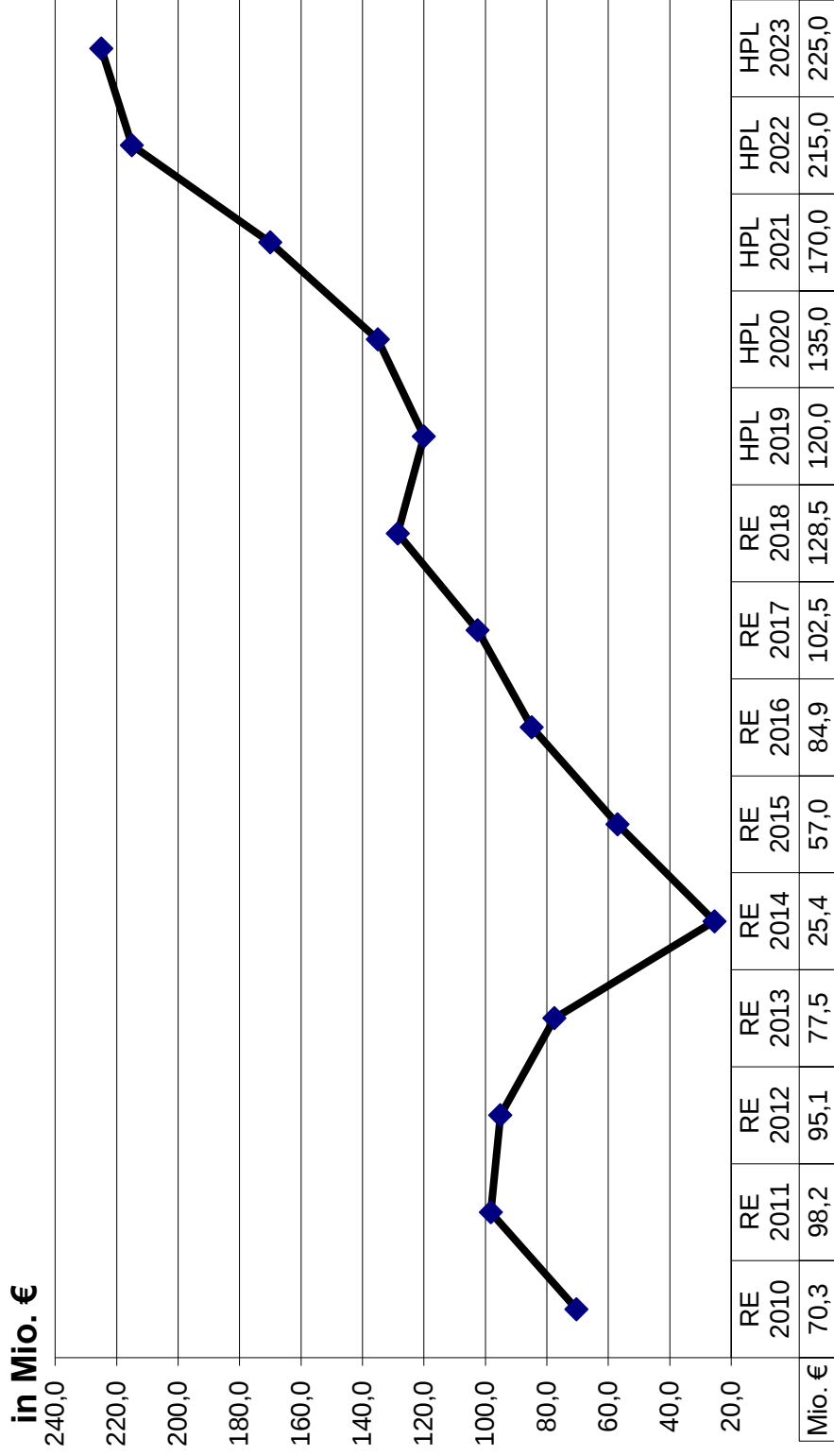
Gesamtergebnisplan - Aufwendungen 2020 (652,9 Mio €)



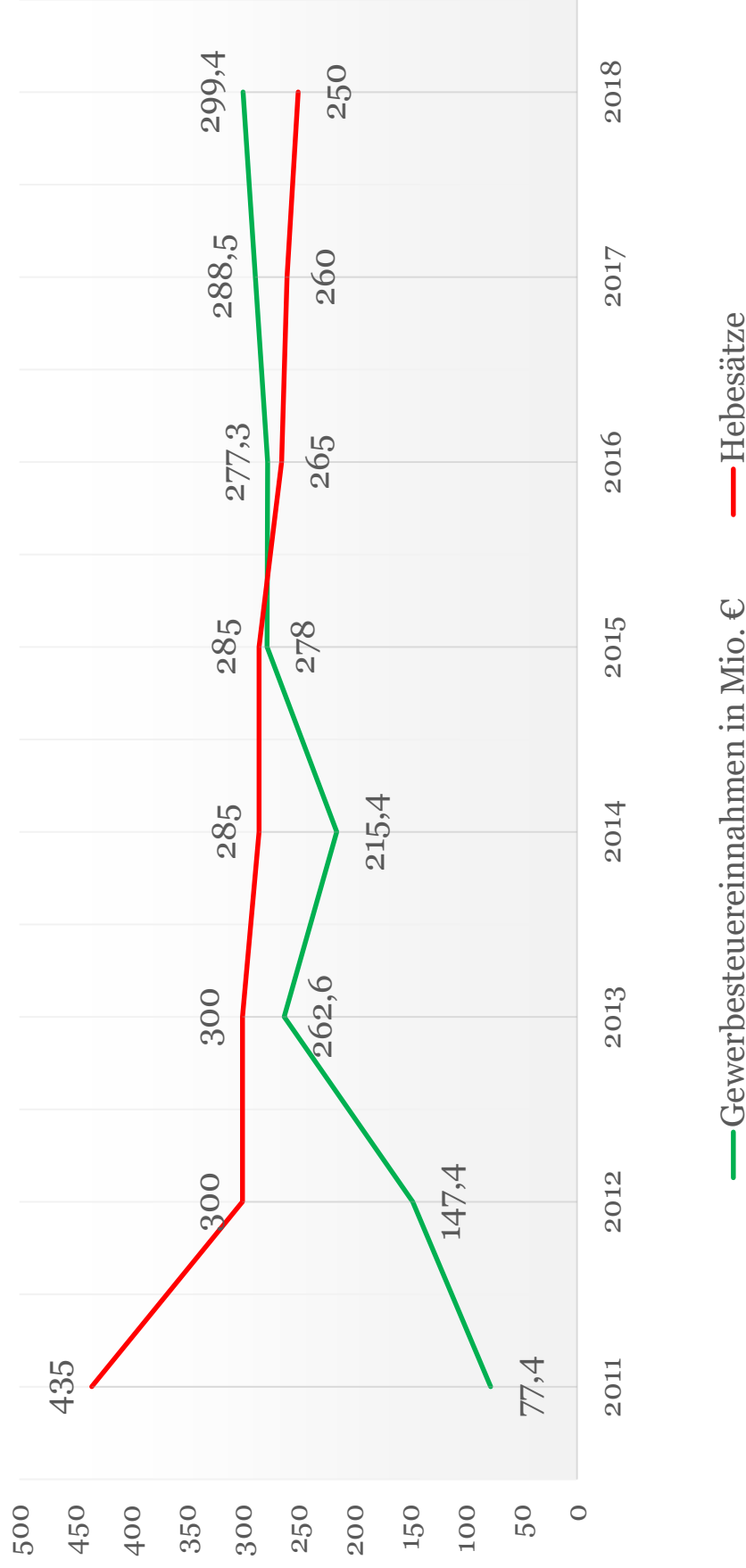
Entwicklung Defizite im Ergebnisplan



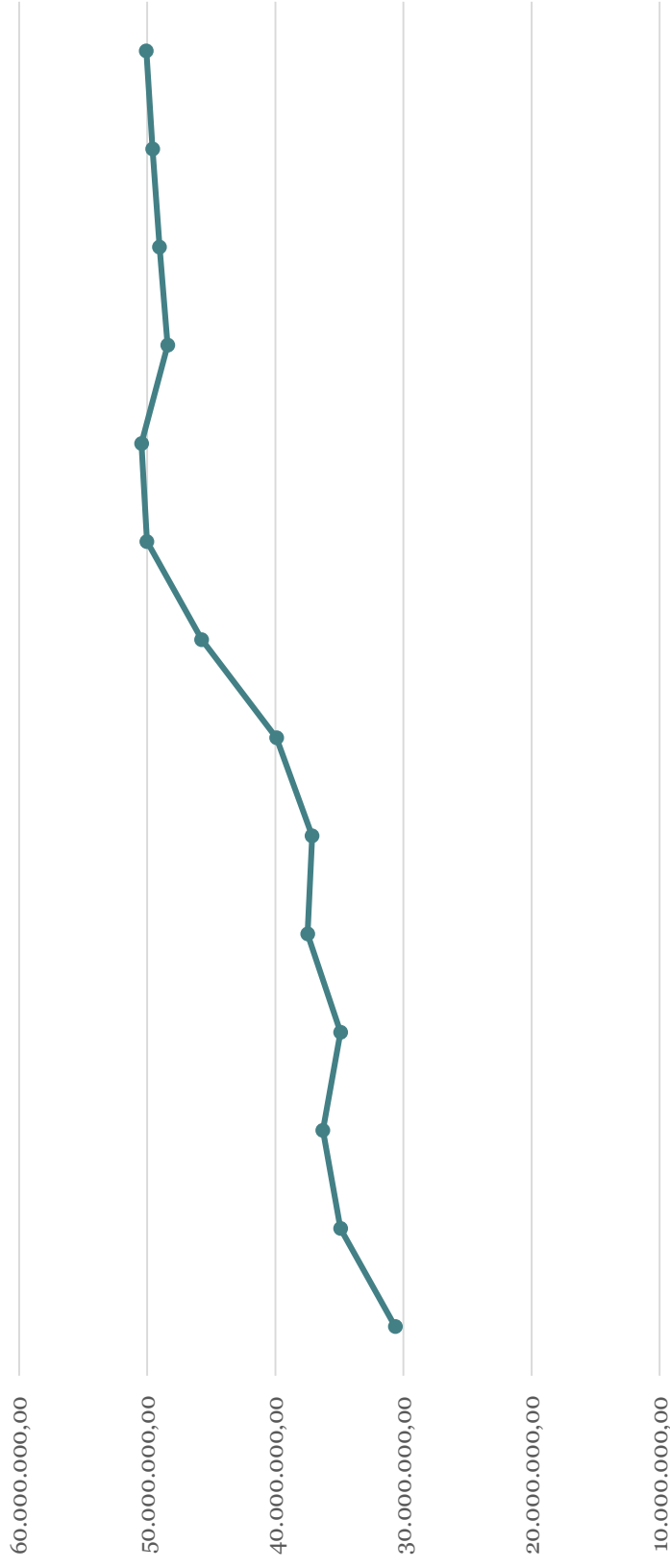
Gewerbesteuerentwicklung 2010/2023



Veränderung der Einnahmen und Hebesätze in „Musterstadt“



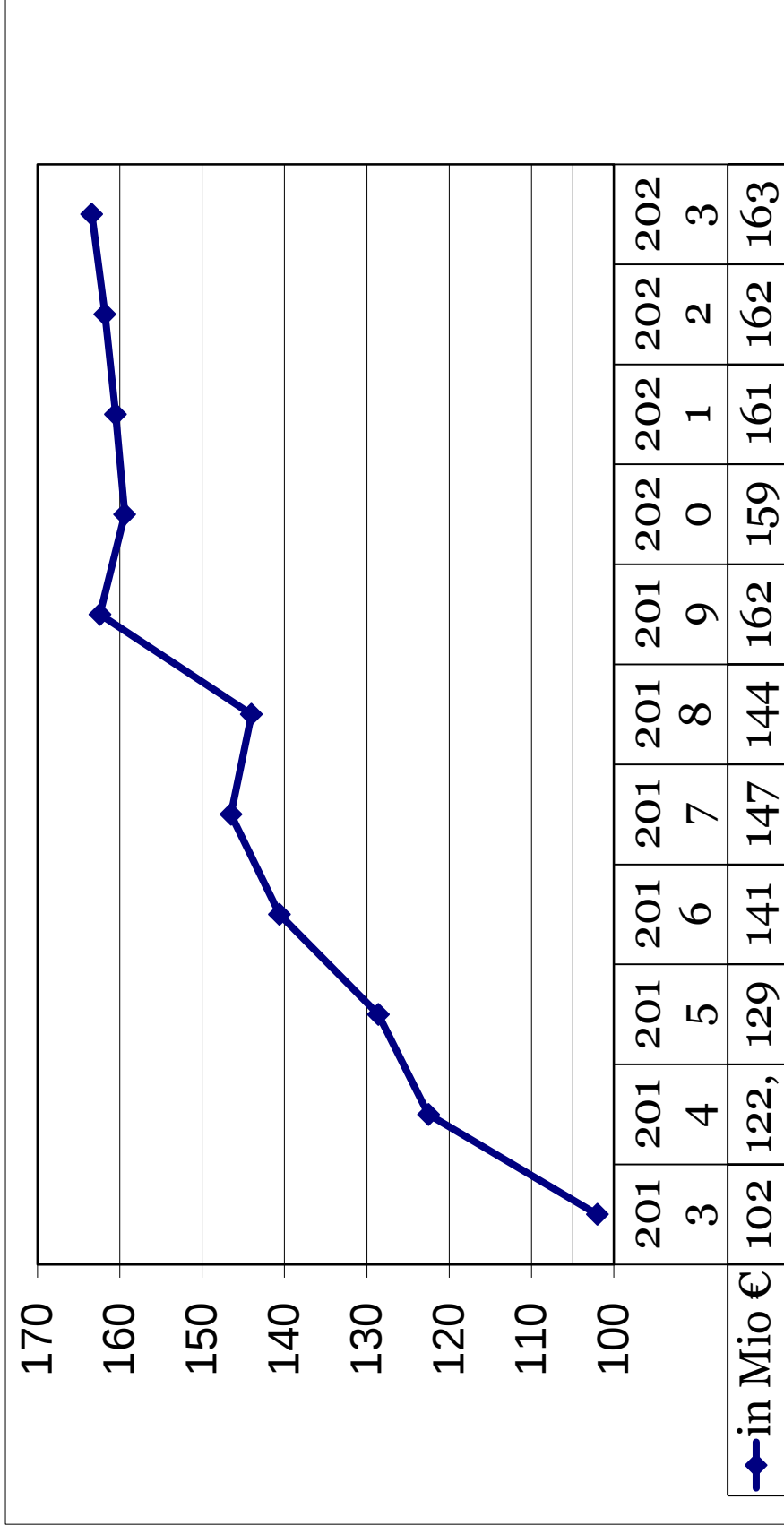
Grundsteuer



	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	RE 2014	RE 2015	RE 2016	RE 2017	RE 2018	RE 2019	HPL 2020	HPL 2021	HPL 2022	HPL 2023
0,00														
 GrdSt B	30.635	34.905	36.295	34.913	37.481	37.129	39.898	45.753	50.027	50.449	48.403	49.034	49.574	50.070

—●— GrdSt B

Entwicklung des Personalaufwands (einschl. Versorgungsaufwand)



Die Darstellung zu den Personalaufwendungen ist ein guter Übergang zu den Themen, die ich darüber hinaus verantworte.

Die Zusammenarbeit mit der **Gemeindeprüfungsanstalt** hat in 2019, was die Prüfungstätigkeit betrifft, deutlich an Intensität zugenommen. Zwei Untersuchungsberichte liegen vor.

Der Prüfbericht zur innerbetrieblichen Mobilität zeigt auf, dass wir unsere eigenen Prozesse deutlich anders gestalten müssen. Die Festlegung einheitlicher Standards, die Bildung von Fahrzeugpools und die zentrale Entscheidung über die Ausstattung und Bewirtschaftung unserer städtischen Flotte sind Weichenstellungen, die wir nun treffen müssen. Im Sinne von Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und einer gewünschten Aufwandsreduzierung.

Die Aussagen der Wirtschaftlichkeits- und Organisationsuntersuchung für den Bereich Bürger- und Straßenverkehr liegen ebenfalls vor. Ich möchte nicht vorgreifen, hier steht noch die inhaltliche Beratung innerhalb der Projektorganisation an.

Weitere Berichte zu den laufenden Untersuchungen im Bereich Kinder- und Jugend sowie Gebäudewirtschaft werden Anfang 2020 vorliegen. Im Fachbereich Soziales wird Anfang 2020 ein weiteres Untersuchungsvorhaben gestartet.

Für das kommende Jahr 2020 gibt es ebenfalls einen bunten Strauß an Ideen und Möglichkeiten, die ich Ende November im Rahmen eines Steuerungs- und Planungsgesprächs mit der Gemeindeprüfungsanstalt erörtern werde. Und hoffentlich Aussagen zur weiteren Zusammenarbeit über das Jahr 2020 hinaus erlangen kann.

Ich weiß, ich wiederhole mich, aber ich will es erneut betonen: Das Projekt mit der Gemeindeprüfungsanstalt ist **ein** Hebel zum Umbau unserer Stadtverwaltung. Und damit auch nur **ein** Strukturelement zum Umgang mit unseren Personalaufwendungen.

Wir müssen uns selbst hinterfragen. Und zwar parallel zum Prüfungsgeschehen mit der Gemeindeprüfungsanstalt. Kritische Selbstreflektion ist bisweilen unangenehm, aber oftmals unausweichlich für notwendige Veränderungen.

Deshalb - das eigene Personalkostencontrolling kann uns keine externe Instanz abnehmen. Deshalb müssen meiner Ansicht nach unsere eigenen Steuerungsinstrumente weiterhin selbst auf den Prüfstand und fortgeschrieben werden.

Der Umbau der Verwaltung ist eng mit der **Digitalisierung** verbunden. Veränderungsmanagement auf vielen notwendigen Ebenen ist nicht unabhängig voneinander zu denken. Partnerschaft Deutschland wird bis Ende 2019 eine Konzeption zur E-Government Strategie vorlegen.

Das bedeutet, dass nach der Konzeption einer Strategie die konkreten Taten und Projekte deutlicher erkennbar werden sollten. Aktuell ist das IT Budget bei 10,2 Millionen Euro gedeckelt und Bestandteil unserer HSP-Maßnahmen.

Deshalb müssen unsere Fix Kosten einer strengen Prüfung unterzogen werden. Ich verweise auf meine Ausführungen zum Thema Mobilität. Auch beim Thema IT müssen wir handfestere Regelungen zu einheitlichen Standards definieren, Differenzierungen zwischen Arbeitsplatztypen vorzunehmen und Preisverhandlungen mit unserem Dienstleistungsunternehmen unter neuen Prämissen durchzuführen.

Das operative Management auf ein besseres Niveau heben, das gilt für das unterjährige Controlling des Haushalts in **verschärftem Maße**. Jetzt mehr denn je.

Die Aufstellung des Haushalts ist die eine Seite der Medaille. Die Zielerreichung die andere Seite der Medaille, das wird knallharte Arbeit. Nichts geschieht von selbst.

Zum Thema Haushaltscontrolling habe ich deshalb erweiterte Handlungsansätze mit den finanzpolitischen Sprechern der Fraktionen erörtert. Unterschieden wird in das investive und konsumtive Controlling. Das investive Controlling soll Maßnahmen ab einem Gesamtvolumen von 5 Mio. € betrachten.

In einer verdichteten Darstellung werden Sie in Ihrer Funktion als Mandatsträgerinnen und Träger relevante Kennzahlen und unterjährige Berichte erhalten.

Intention ist eine intensivere Betrachtung der Planansätze mit dem tatsächlichen Mittelabfluss. Mehr Analyse, mehr Dialoge, mehr Erörterung von Gestaltungsspielräumen. Verbunden mit deutlich mehr kritischen Nachfragen vom Fachbereich Finanzen in die Dezernate hinein. Nicht um zu verbieten oder per se direktiv einzuschränken. Sondern um rechtzeitig über notwendiges Wissen zu verfügen, ob Gefahr droht in Form von Defiziten oder Möglichkeiten eröffnet werden können, doch noch Bedarfe zu decken.

Außerdem meine dringende Erinnerung oder auch mein Appell. Wir müssen den Abbau erheblicher Reste im Blick haben. Und Zuschüsse für bereits geplante Maßnahmen akquirieren anstatt zusätzliche Maßnahmen zu planen.

Damit schließe ich nahtlos an. Das **Fördermittelmanagement** in meinem Dezernatsbüro wird eine deutlich erhöhte steuernde und lenkende Funktion einnehmen. Für mich eine weitere unerlässliche Weichenstellung zur Haushaltsbewirtschaftung und letztlich auch zur strategischen Führung des Haushalts.

Die Steuerung durch mein Dezernat wird zunehmen, **muss zunehmen** im Sinne der Sache. Im Sinne unserer gemeinsamen Ziele. Nicht gegen jemanden, sondern für unsere Vorhaben.

Ich schließe meine Ausführungen mit einem Zitat von Dietrich Bonhoeffer. „Die Ehrfurcht vor der Vergangenheit und die Verantwortung gegenüber der Zukunft geben fürs Leben die richtige Haltung.“

Insofern liegt vor Ihnen ein Haushaltswerk, für das ich Verantwortung übernehme mit all seinen Ausprägungen und inhaltlichen Prämissen.

Bei Ihren anstehenden Beratungen des Haushalts 2020 wünsche ich Ihnen nun gutes Gelingen und bedanke mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.